

## Abschaffung des Soli: Fragen und Antworten

*Die Große Koalition hat sich darauf geeinigt, den Soli für 90 Prozent der Steuerzahler zu streichen, weitere 6,5 Prozent sollen ihn ab 2021 nur teilweise zahlen, der Rest auf Dauer. Für die FDP-Fraktion ist klar: Der Soli muss zum 01.01.2020 für alle vollständig entfallen. Alles andere ist verfassungsrechtlich fragwürdig, bricht ein gegebenes Versprechen der Politik an die Steuerzahler und schwächt das Rückgrat unserer Wirtschaft, den Mittelstand. Das geht zu Lasten aller Bürger*

### Warum muss der Soli abgeschafft werden?

Der Solidaritätszuschlag ist in den 90er Jahren eingeführt worden, um die Kosten für den Aufbau Ost nach der Wiedervereinigung zu finanzieren. Er wurde als befristete Sonderabgabe für diese Aufgabe eingeführt. Die Politik hat den Bürgern versprochen, sie könnten sich darauf verlassen, dass der Soli auch wieder abgeschafft wird. Nämlich dann, wenn die größten Lasten der deutschen Einheit geschultert sind. Bereits seit Jahren fließen nun die Soli-Milliarden nicht mehr in die ostdeutschen Länder, sondern größtenteils in den allgemeinen Haushalt des Bundesfinanzministers. Und mit dem Solidarpakt II läuft Ende 2019 die Rechtsgrundlage für seine Erhebung aus. Es gibt dann schlicht keine Sonderprogramme für die Förderung der neuen Bundesländer mehr, für die der Soli eingeführt wurde. Unabhängige Experten wie der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts Professor Hans-Jürgen Papier halten es sogar für verfassungswidrig, den Soli einfach unbefristet weiter zu erheben.

### Was planen Union und SPD?

Die Große Koalition möchte den Soli erst zum 01.01.2021 abschaffen. Außerdem sollen nicht alle Steuerzahler entlastet werden, sondern nur ein Teil. Das Konzept von Bundesfinanzminister Scholz sieht vor, dass der Soli für 90 Prozent der Zahler gestrichen wird. Das ist ein PR-Trick, denn über 50 Prozent des Finanzvolumens werden weiter erhoben. So sollen nach den Plänen von Union und SPD vor allem Selbstständige, Handwerker, Landwirte und viele kleine und mittelständische Betriebe weiter unbefristet belastet werden. Selbst Stimmen in der Union gehen davon aus, dass das verfassungsrechtlich fragwürdig ist, wie Bundeswirtschaftsminister Altmaier. Für den Koalitionsfrieden tragen sie das Konzept trotzdem mit. Das ist verantwortungslos, verfassungswidrig und ein Schlag ins Gesicht des deutschen Mittelstands.

### Wie ist die Einigung der Großen Koalition zu bewerten?

Die FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag fordert, dass der Soli zum 01.01.2020 komplett und für alle abgeschafft wird. Denn es ist den Steuerzahlern gegenüber schlicht nicht fair, eine zeitlich begrenzte Sonderabgabe einfach in eine dauerhafte Steuer umzuwandeln. Darunter leiden am Ende auch viele mittelständische Familienbetriebe, die in Zeiten wirtschaftlichen Abschwungs für Arbeitsplätze und Stabilität sorgen. Diesen wollen wir mit der vollständigen Soli-Abschaffung Investitionen in moderne Prozesse, in neue Produkte, sprich in Wettbewerbsfähigkeit ermöglichen. Bei den Beratungen zum Bundeshaushalt werden wir aufzeigen, dass auch ohne die Soli-Milliarden ein ausgeglichener Haushalt möglich ist. Das geht durch Sparsamkeit und eine kritische Prüfung aller Ausgaben und Subventionen. Denn auch bei einer vollständigen Abschaffung des Soli würden die Steuereinnahmen des Staates lediglich geringfügig sinken. Die Steuerquote wäre in Deutschland mit etwa 22,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts immer noch eine der höchsten weltweit.

### Wie geht es jetzt weiter?

Zahlreiche Steuerzahler werden gegen die weitere Erhebung des Soli klagen. Auch die FDP-Fraktion wird alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um die komplette Abschaffung des Soli durchzusetzen. Eine Möglichkeit ist es, gegen das neue Soli-Gesetz der Großen Koalition zu klagen, sobald es in Kraft getreten ist. Denn wir werden uns nicht damit abfinden, dass Union und SPD augenscheinlich alle verfassungsrechtlichen Bedenken ignorieren. Zudem wird die FDP-Fraktion auch im Plenum des Deutschen Bundestags den Soli immer wieder auf die Tagesordnung setzen. In den Haushaltsberatungen werden wir mit konkreten Änderungs- und Sparvorschlägen zeigen, dass es auch ohne die Soli-Einnahmen möglich ist, zukunftsorientierte und verantwortungsbewusste Politik zu machen.